

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **158 (1992)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Österreich

Debatte über allgemeine Wehrpflicht

Während Verteidigungsminister Werner Fasslabend den Start der «Bundesheerreform-Neu» bekanntgab (siehe ASMZ 2/1992, Seite 86), ist die Debatte über die allgemeine Wehrpflicht noch lange nicht beendet.

Seit gut einem Jahr diskutiert man in Österreich über die Frage des künftigen Wehrsystems. Bereits Anfang des Jahres 1990 wurde von verschiedenen Seiten die Forderung nach der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht gefordert: Der Golfkrieg 90/91 hätte bewiesen, dass nur Profis in einem Krieg moderner Prägung eine Chance hätten (siehe ASMZ 3/90, S. 163). Dann folgten die für die Bevölkerung zufriedenstellend gelösten Heeres Einsätze an der Grenze zu Ungarn (Assistenz für Gendarmerie) und an der Grenze zu Jugoslawien (Sicherungseinsatz) der Jahre 1990 und 1991, wodurch das Thema vorerst ruhte.

Bereits im Oktober 1991, nachdem die Bundesregierung bewiesen hatte, dass sie trotz starkem Verlangen seitens des Heeres zu einer Aufbietung der Miliz für den Sicherungseinsatz gegen Jugoslawien nicht den Mut fand, ging die Diskussion erneut los. Unter dem Motto «Geheimwaffe Berufswehr» diskutierten hochrangige Vertreter der vier im Nationalrat vertretenen Parteien über mögliche Wehrdienstmodelle. Dabei gehen die Meinungen weit auseinander.

Kein Heer

Der Vertreter der Grün-Alternativen, Dr. Pilz, sprach sich

wie immer überhaupt gegen ein Bundesheer aus: Es gäbe keine Bedrohung, daher benötige man kein Heer, am allerwenigsten ein Berufswehr.

Für allgemeine Wehrpflicht

Der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Kostelka, vertritt die Auffassung seiner Partei (SPÖ), indem er sich für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht ausspricht. Gleichzeitig wird aber eine radikale Reduzierung von bisher 300 000 auf «die Hälfte oder darunter» und eine Verkleinerung der Friedensorganisation vorgeschlagen. Die Diskussion über ein Berufswehr, so meinte die SPÖ, «braucht Österreich so notwendig wie eine Grippe, nämlich gar nicht». Das Milizsystem – mit einem drastisch reduzierten Kader – sei für die zu erwartenden Aufgaben am besten geeignet. Die Wehrpflicht sei als «legitimes Kind der Demokratie» beizubehalten. Auch habe das Milizsystem für Österreich den Vorteil, dass seine Soldaten nicht ausserhalb des eigenen Territoriums eingesetzt werden können. Ein Berufswehr sei darüber hinaus viel zu teuer. Auch mit dem vorgesehenen EG-Beitritt sei dies vereinbar. Angesichts des Umstandes, dass bereits drei EG-Staaten nicht an der WEU (voraussichtlich das militärische Instrument der EG) teilnehmen, bestehe auch für Österreich kein Anlass, die notwendige Reform des Bundesheeres auf die WEU abzustimmen.

Allgemeine Dienstpflicht mit Freiwilligenwehr

Die Sprecher der ÖVP meinen, dass gerade die «Jugoslawien-Krise» deutlich gemacht

habe, dass eine österreichische Landesverteidigung nach wie vor nötig ist und von der Bevölkerung mehrheitlich auch gewünscht wird. Für Österreich stünden daher zwei Möglichkeiten zur Auswahl: Die erste sei eine «ernsthaft bewaffnete Neutralität im puristischen Sinn». Dies mache neue Anstrengungen hinsichtlich Bewaffnung, professionalisierter Ausbildung und rascher Verfügbarkeit notwendig. Dabei müsse Österreich allerdings im geänderten europäischen Bedrohungsbild rechnen, seine Grenzen allein, ohne Hilfe anderer Staaten oder eines Bündnisses, zu verteidigen. Auch bedürfe es in diesem Fall grossen finanzieller Mittel, für die es jedoch keinen politischen Konsens zu geben scheine.

Aus diesem Grund müsse Österreichs Landesverteidigung auf die zweite Option, dem raschen Aufbau einer europäischen Friedensordnung, ausgerichtet sein und auch die Landesverteidigung der anderen Staaten Europas berücksichtigen. Ziel dieser Strategie sei grössere Sicherheit mit wesentlich weniger Waffen.

Die ÖVP-Politiker fordern, dass die Reformbemühungen in der Landesverteidigung in die Dynamik dieser sich bildenden Friedensordnung gestellt werden müssten. Zwar bestehe aus rein sicherheitspolitischen Gründen für Österreich unmittelbar kein Handlungsbedarf. Es stelle sich aber die Frage, ob nicht die schwindende Akzeptanz des Bundesheeres in der Öffentlichkeit schnellere Reformschritte erforderlich mache. Darum sei die allgemeine Wehrpflicht durch eine allgemeine Dienstpflicht, aber nur für Männer, zu ersetzen. Diese allgemeine Dienstpflicht würde sich in einen Dienst mit der Waffe und einen nichtmilitärischen Dienst ohne Waffe gliedern.

Die Grösse dieser Freiwilligentruppe sollte an den Erfordernissen eines lokal begrenzten Grenzkonfliktes ausgerichtet sein, erklärte ein ÖVP-Abgeordneter zum Nationalrat. Die andere Form dieses Dienstes würde in Form des derzeitigen Milizdienstes (Grundausbildung und Wiederholungsübungen) erfolgen.

Der Dienst ohne Waffe sollte nach den Vorstellungen der ÖVP in einer Ausbildung für Formen des Umwelt- und Katastrophenschutzes bestehen.

Freiwilligenwehr mit Berufs- und Milizkomponente

Der Wehrsprecher der FPÖ vertritt die Auffassung, die allgemeine Wehrpflicht könne die für eine effiziente Landesverteidigung erforderlichen Standards nicht mehr bieten. Darüber hinaus stellte er fest, dass die Bundesregierung die Miliz im Sommer 1991 trotz Bedarfs nicht aufgeboten habe und dies auch in Zukunft nicht tun werde. Das allerdings widerspreche den Grundsätzen des derzeitigen Wehrsystems, weshalb eine Änderung geboten sei.

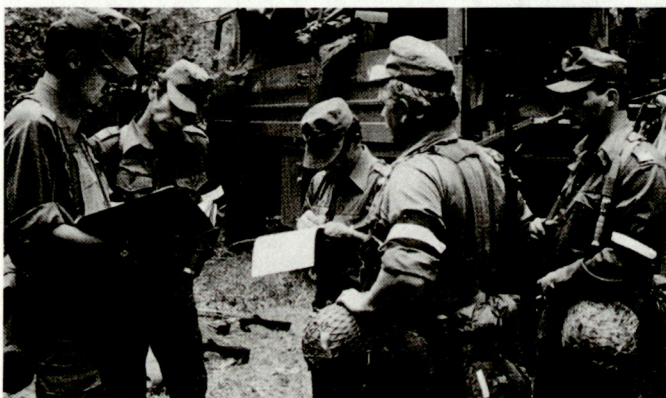
Er präsentierte eine Studie, nach der nur noch 16 Prozent der österreichischen Jugendlichen das gegenwärtige System akzeptierten. Sein Vorschlag sei daher: eine Freiwilligenarmee mit Berufs- und Milizkomponente.

Eine andere Form der militärischen Landesverteidigung, als man sie derzeit habe, bestehe durch Freiwilligkeit. Ein Freiwilligenwehr verwirkliche neben den liberalen Grundsätzen, wie Freiwilligkeit, Leistungsorientiertheit, auch das Prinzip der Arbeitsteilung. Deshalb sollten auch Frauen freiwillig teilnehmen können. Die Finanzierbarkeit sei gegeben, weil durch den Entfall der allgemeinen Wehrpflicht etwa 40 000 Mann pro Jahr der Wirtschaft (anstatt dem Präsenzdienst) zugeführt werden könnten und daher ein Steigen des Bruttoinlandsproduktes bewirkten. Dieses Geld stünde dann für die Abdeckung der höheren Kosten eines Freiwilligenheeres zur Verfügung.

Für die FPÖ sei die allgemeine Wehrpflicht die letzte Form des Frondienstes und sei schon deshalb abzuschaffen. Die FPÖ wolle daher neben einer Truppe mit Berufssoldaten eine Freiwilligen-Miliztruppe schaffen. Bereits 1992 sollten 35 000 bis 40 000 Milizsoldaten angeworben werden. Für diese Milizionäre solle der Grundwehrdienst in der Höhe von acht Monaten gelten. Für anschliessende zehn Jahre seien jährlich 14 Tage an Waffenübungen vorzusehen.

Wie die Debattenbeiträge zeigen, ist zu erkennen, dass derzeit nur noch die SPÖ voll zur allgemeinen Wehrpflicht steht. Abgesehen von den Grün-Alternativen, die gegen jede Form des Militärs auftreten, haben sich die anderen Parteien – zumindest inoffiziell – bereits in Richtung Freiwilligenwehr in Marsch gesetzt.

(TPM)



Auch in Österreich wird das bisherige Wehrsystem in Frage gestellt (Bild aus Truppendienst).

ERSCHLOSSEN EMDOK
MF /

Deutschland

Bundeswehr in der Finanzklemme

Gemäss Fachleuten des Bonner Verteidigungsministeriums soll die deutsche Bundeswehr während der nächsten Jahre in die schlimmste Finanzklemme ihrer Geschichte geraten. Die Mittelzuweisungen für den 25. Finanzplan (1992–1995) sollen bei weitem nicht ausreichen, um Struktur und Ausrüstung der Streitkräfte den künftigen Erfordernissen entsprechend zu gewährleisten. Gemäss vorliegenden Budgetplanungen sollen im neuen Wehrbudget während der vier Jahre 1992 bis 1995 mit jährlichen Kürzungsschritten mindestens 4,4 Milliarden DM eingespart werden. Das bedeutet, dass das für 1992 vorgesehene Wehrbudget von 52,5 Milliarden DM bis zum Jahre 1995 auf 48,1 Milliarden absinken wird. Der Drang nach der Abrüstungsdividende, der die Etatdebatten des deutschen Parlaments massgeblich bestimmte, lässt offenbar die Tatsache übersehen, dass sich die Bundeswehr in dieser Zeit einer kostspieligen Umstrukturierung zu unterziehen hat. Zudem ist die begonnene Integration und eine aufwendige Auflösung der früheren NVA zu Ende zu führen.

Auch die langfristigen Perspektiven sehen düster aus: Bis zum Jahre 2005 sind gemäss prospektiven Planungen Einsparungen in Höhe von 43,7 Milliarden Mark angekündigt. Der Grossteil davon betrifft allerdings noch nicht konkret budgetierte Planungen. Bereits jetzt aber steht fest, dass einige Beschaffungsvorhaben vollständig gestrichen oder dann umfangmässig reduziert werden müssen. Der Schrumpfungprozess im Wehretat wird demnach um ein beträchtliches Stück über das hinausgehen, was von den Militärs gerechtfertigt erscheint. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Staatshaushalt, der bis 1989 etwa 19% betrug, würde von momentan 12,4% bis 1995 sogar auf 10,7% absinken. Bereits für 1992 wird beim Verhältnis zwischen Betriebsausgaben und Investitionsaufwand (bisheriges Verhältnis etwa 70 zu 30) ein einschneidender Wandel sichtbar. Die Betriebsausgaben dürften gemäss Planung

auf fast 75% steigen, wodurch nur noch bescheidene 25% für Investitionen zur Verfügung stehen.

Die Reduktionen gehen dabei vor allem auf Kosten der militärischen Neubeschaffungen. Diese werden in diesem Jahre mit 7,84 Milliarden DM auf noch knapp 15% der Wehrgeschäftsausgaben absinken. Grundsätzlich dürften in den nächsten Jahren rund ein Drittel weniger Mittel für Beschaffungen zur Verfügung stehen. Die geplanten Einsparungen und der Verzicht auf Rüstungsbeschaffungen sollen vor allem beim Heer vollzogen werden. Auf die Beschaffung eines Nachfolgepanzers für den Leopard 2 (Projekt Kampfpanzer 2000) wird vorläufig ganz verzichtet, ebenso auf den Jagdpanzer Panther. Weitere Streichungen sind bei den Pioniermitteln (Brückenlegepanzer und Minenkampfsystem David) sowie im Bereich der Helikopter vorgesehen.

Der neue Schützenpanzer Marder 2 sowie die Panzerhaubitze 2000 und eine neuartige Kampfdrohne sollen in reduzierten Stückzahlen beschafft werden. Bei der Luftwaffe wird das Projekt eines Höhenaufklärers nicht weiterverfolgt. Reduktionen sind auch bei den operativen Flab-Lenkwaffensystemen vorgesehen. Noch nicht entschieden wurde über die Weiterführung des Projektes Jäger 90, der gemeinsam mit Grossbritannien, Italien und Spanien entwickelt wird. Allerdings sollen hier zwecks Einsparungen Alternativen studiert und bis zum Sommer ein entsprechender Bericht vorgelegt werden.

Als Folge dieser Entwicklungen wird von den Militärs befürchtet, dass in den nächsten Jahren nicht nur eine Verkleinerung der Bundeswehr (auf 370 000 Mann), sondern auch eine ausrüstungsmässige Verschlechterung bei den Truppen stattfinden wird. Aus dem Dilemma der Frage, wie mit den reduzierten Mitteln zeitgemässe Streitkräfte unterhalten werden sollen, gibt es gemäss deutschen Planungsstellen zwei Alternativen:

– Entweder den Bestand der Streitkräfte noch weiter – unter die Grenze von 370 000 Mann – reduzieren, damit Geld für eine erstklassige Bewaffnung und



Nachdem in Deutschland auf die Entwicklung eines neuen Kampfpanzers verzichtet wird, soll der Kampfwertsteigerung des Leopard 2 (Bild) mehr Bedeutung zukommen.

Ausrüstung gewonnen werden kann.

– Oder eine entsprechende Erhöhung der Rüstungsausga-

ben, was bei der gegenwärtigen militärpolitischen Lage in Europa bei den Politikern kaum Unterstützung finden wird. hg

Frankreich

Neubeurteilung der sicherheitspolitischen Lage

Letzten Sommer fand in Paris ein Kolloquium statt, bei dem Frankreichs alte Bande mit den Ländern des Maghrebs, die Politik unseres Nachbarlandes im Innern und gegen aussen in Sachen Araber auf der Traktandenliste figurierten.

Dabei ging es um den Mittelmeerraum als Bindeglied/Aufprallpunkt mehrerer Kulturen. Währenddem Frankreichs Öffentlichkeit den Islam bei sich zu Hause mit all den politischen und kulturellen Auswirkungen der Einwanderung zur Kenntnis nehmen musste, spüren die Länder des Maghrebs die Anziehungskraft, die von Frankreich und vom übrigen Europa ausgeht, sehr. Sie stehen auch im Banne fundamentalistischer Strömungen.

Nachdem Europas Wälle gegen eine Bedrohung aus dem Osten in den letzten beiden Jahren sich als unnötig erwiesen haben, werden aus arabischer Sicht Barrieren Richtung Süden aufgebaut (Visumpflicht für Reisende aus den Maghrebstaaten). Aus der Sicht der betroffenen Länder werden so ungerechte Zustände zementiert: Hier Überfluss, Gerechtigkeit usw.; dort Unterentwicklung, Bevölkerungsexplosion, Demokratiedefizite usw. Doch könnten die Probleme des Maghrebs dereinst auf Europa überschwappen.

Für General J. Lacaze, ehemals Stabschef der französischen Streitkräfte, ist der Mittelmeerraum ein unstabiles Gebilde, ein fast geschlossener Raum, in dem sehr unterschiedliche Völker wohnen: Im Süden Muselmanen, im Norden Christen. Im Maghreb sind wichtige Phosphat-, Eisen-, Erdölvorkommen anzutreffen. Dort wohnen junge Menschen, die nach Wissen und Macht streben. Im Norden dagegen treffen wir eine entwickelte Gesellschaft an, die oft skeptisch ist, manchmal sogar abweisend gegenüber dem Kulturschock, der sie erschüttert.

Im östlichen Mittelmeer hat die Türkei im Verlaufe des Golfkrieges eine strategische Aufwertung erfahren. Weitere Brennpunkte dieses Raumes sind Syrien, die Golanhöhen, das unsichere Jordanien, Israel mit seiner Siedlungspolitik.

Seit dem Ende des Golfkrieges herrscht nicht der erhoffte Frieden. Die arabische Welt ist durch die Haltung gegenüber Irak gespalten worden. Die Ergebnisse jahrelanger Zusammenarbeit sind innert Monaten zunichte gemacht worden. Die USA sind ausserdem die einzige Supermacht geblieben; die ehemalige Sowjetunion hat ihren Einfluss im Mittelmeerbereich verloren. Aber eine neue Ordnung wurde durch den Golfkrieg nicht geschaffen.

Frankreichs Haltung im Golfkrieg sei nicht überall verstanden worden. Für viele Po-

litiker aus diesem Land spiele Europa in jenem Konflikt eine unbedeutende Rolle, da es an einer gemeinsamen Aussenpolitik und an Vertiefung fehlte.

Aus der Sicht Frankreichs werden die sicherheitspolitischen Folgen des Golfkrieges wie folgt beurteilt:
 – Eine unmittelbare irakische Bedrohung ist nicht mehr vorhanden.
 – Die «Explosion Iraks», die fälschlicherweise befürchtet

worden war, hat nicht stattgefunden.
 – Grosser Profiteur des Golfkrieges ist Iran.
 – Die militärische Schwäche Saudi Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate wurde offenbar.
 – Die strategische Bedeutung der Türkei wurde offensichtlich und dürfte noch weiter zunehmen.
 – Im östlichen Mittelmeer gab es keine grossen Umwälzungen. Bt

Polen

Truppentransporte schaffen Transitprobleme

Seit einiger Zeit ist die Rückführung der früher im sogenannten Vorfeld des ehemaligen WAPA-Bereiches stationierten sowjetischen Truppen im Gange. In Ungarn und der CSFR sind diese Truppenabzüge bereits seit mehr als einem Jahr abgeschlossen. 1991 haben erste Teile der in Polen stationierten Nordgruppe (NGT) das Land Richtung Nordosten in die Republiken der GUS verlassen. Die inzwischen nur noch etwa 200 000 Mann umfassenden ehemals sowjetischen Truppen in der Ex-DDR (WGT) sollen bis 1994 vollständig abgezogen sein. Bei diesen Operationen spielt Polen eine wichtige Rolle als Transitland. Das Gros der Rücktransporte sollte gemäss polnischen Forderungen auf dem Seewege über die Häfen von Rostock und teilweise auch Gdansk erfolgen. Dies gilt insbesondere für gefährliche Güter und die schweren Waffen-

systeme. Rückführungen auf dem Landwege sollen, wenn immer möglich, mit der Eisenbahn, und Strassentransporte über das ohnehin schlechte Verbindungsnetz sollen nur ausnahmsweise bewilligt werden. Limitierender Faktor für die Bahntransporte auf den vier verfügbaren Linien sind die Umlade- beziehungsweise Umpureinrichtungen an der Grenze zu den Republiken der GUS, deren Kapazität nur 8 Militärzüge pro Tag zu bewältigen vermag.

Obwohl bisher der weitaus grösste Teil der Rückführung aus Deutschland über die Seehäfen erfolgte, hatte die angekündigte Beschleunigung des Abzuges eine vermehrte Ausnutzung der Strassentransporte notwendig gemacht. Dabei wird gemäss polnischen Angaben mit insgesamt 3000 Kolonnen von je 200 bis 300 Lastwagen gerechnet, die alle über Nordpolen nach dem ehemaligen Ostpreussen geleitet werden. Dabei stehen über diese Distanz von etwa 450 Kilometern nur wenige Durchgangs-

strassen zur Verfügung. Auf den grösstenteils nur schlecht ausgebauten Routen wird eine Fahrzeit von durchschnittlich 24 Stunden benötigt, was Ruhe- und Übernachtungsmöglichkeiten erfordert. Diese werden von Polen in verfügbaren militärischen Unterkünften entlang der Achsen angeboten. Allerdings lässt sich Polen für die Transitrechte entsprechend bezahlen: Für jeden Eisenbahntransport 16 000 Dollar, für jeden Lastwagen 280 Dollar und für die Strassen-

transporte zusätzlich eine Pauschale von 1 Milliarde Dollar. Der Wegweise- und Sicherungsdienst wird durch polnische Organe gewährleistet. Für die aus Polen abziehenden Truppen hat die ehemalige UdSSR zu bezahlen. Die Transportgebühren für den Rückzug der WGT aus der früheren DDR werden durch Deutschland bezahlt. Alleine für Transitgebühren dürfte die Bundesrepublik 1,5 bis 2 Milliarden Dollar an Polen zu bezahlen haben. MK

NATO

Zunehmende Bedeutung von Simulationsmodellen für die moderne Ausbildung

Die rechnergestützte Simulation von Kampfhandlungen wird in der NATO seit rund zwei Jahrzehnten in steigendem Umfang zur militärischen Ausbildung und zur Analyse von Vorgängen auf dem Gefechtsfeld genutzt. Aufgrund der zunehmenden politischen, finanziellen und auch ökologischen Einschränkungen, mit denen sich auch die NATO-Streitkräfte konfrontiert sehen, wird seit einiger Zeit ein verstärkter Einsatz von Simulationsmodellen für die Ausbildung gefordert. In einem kürzlich erschienenen Beitrag über «Computer Assisted Exercises auf operativer Ebene am Warrior Preparation Center» in Kaiserslautern (Soldat und Technik Nr 12/91) wird auf die Bedeutung und die Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Übungsart hingewiesen.

Das «Warrior Preparation Center» (WPC) wurde 1983 in Kaiserslautern als Ausbildungszentrum der US-Luftwaffe in Europa gegründet. Seit 1984 wird es gemeinsam von Heer und Luftwaffe insbesondere zur Fortbildung der Truppenführer in der Kunst der Operationsführung zur Ausbildung in der Interoperabilität zwischen den Teilstreitkräften genutzt. Hierzu verfügt das WPC, das heute auch von Offizieren anderer NATO-Partner besucht wird, über:
 – einen Stab von 150 Personen, davon rund 60% höhere Stabs-offiziere,
 – eine grosszügig dimensionierte Rechnerkapazität,

– transportable Hardware für die Ausstattung der zu schulenden Teilstäbe.

Zu den Simulationsmodellen

Die Simulationsmodelle am WPC gehören zur «Joint-Warfare-System-Modellfamilie», wobei nachfolgend die wichtigsten beschrieben sind:

– Das «Ground Warfare Simulation Model» umfasst alle wesentlichen Funktionen des Landkrieges, einschliesslich der Kampfunterstützung und der Logistik. Eine Auflösung ist bis auf Einheitsebene möglich, d.h., um ein Korps darstellen zu können, muss jede Kompanie in der Datenbasis erfasst und durch separate Befehle geführt werden. Die Abbildung des Geländes erfolgt im sogenannten Hexagonsystem.

– Im «Air Warfare Simulation System» sind sämtliche Einsatzarten der Luftwaffe und alle bekannten Waffensysteme abgebildet. Hier kann jedes einzelne Luftfahrzeug, bzw. jeder einzelne Einsatz dargestellt werden.

Die Verluste werden aufgrund statistischer Erwartungs- bzw. Zufallswerte ermittelt.

– Das «Joint Electronic Combat/Electronic Warfare Model» ist zurzeit nur für die elektronische Kampfführung im Luftkrieg benutzbar.

– Das «Intelligence Collection Model» erzeugt Aufklärungsergebnisse entsprechend dem von den Übungsteilnehmern befohlenen Sensoreinsatz.

– Das umfassende «Joint Theater Simulation Model» ist erst seit Beginn dieses Jahres einsatzbereit. Damit kann der kombinierte Landkrieg mit der



Bis Herbst 1992 soll das Gros der ehemals sowjetischen Nordgruppe aus Polen abgezogen sein. Bild: Panzertruppen mit KPz T-80 vor dem Abzug.

Brigade als niedrigste Führungsebene nachgebildet werden.

– Das «*Naval Warfare System*» umfasst alle Einsatzarten der Seekriegführung. Dabei besteht eine Schnittstelle zu den Modellen für Land- und Luftkriegführung, um z.B. amphibische Operationen darstellen zu können.

Die rechnergestützte Simulation von operativen Übungen erfordert einen grossen organisatorischen und technischen Aufwand. Planung und Vorbereitung einer Schulungsübung für die operative Ebene sollen ein bis zwei Jahre dauern. In dieser Zeit müssen auch alle Absprachen und Koordinationsprobleme zwischen den beteiligten Nationen und den Teilstreitkräften gelöst werden. Über die Kostenfrage liegen nur vage Aussagen vor.

Computergestützte Übungen auf operativer Stufe sollen weniger teuer zu stehen kommen als herkömmliche Übungen. Hauptbestandteil der Kosten für Simulationsmodelle sind die Nutzungskosten für die Installationen und technischen Einrichtungen. Falls bei grösseren Übungen keine militärischen Satellitenverbindungen verfügbar sind, müssen zudem kommerzielle Leitungen gemietet werden, was zu zusätzlichen Kosten führt.

Übungsziele und Erfahrungen

Bei den Übungen am WPC in Kaiserslautern werden bisher folgende wesentliche Ziele verfolgt:

- Führung eines dynamischen, kombinierten Luft- und Landkrieges, wobei von Fall zu Fall auch neue Führungsverfahren erprobt werden sollen.
- Führen von neuartigen ope-

rativen Grossverbänden, wie «*Army Group Maneuver Units*» usw.

– Erproben neuer operativer Konzeptionen oder von neuen Luftverteidigungsverfahren.

– Durchführung von amphibischen Operationen unter Einbeziehung aller drei Teilstreitkräfte.

In den jeweiligen Übungsauswertungen wurde ausnahmslos festgestellt, dass dank des dynamischen, interaktiven Simulationsablaufs eine bisher nicht erreichte Realitätsnähe gewonnen werden kann.

Die Übungsteilnehmer können dabei vor Anforderungen gestellt werden, die in Umfang und Qualität in herkömmlichen Übungen heute nicht mehr darstellbar sind. Die militärischen Führer und ihre Stäbe erhielten dadurch wertvolle Lernimpulse, und zudem wurden grundlegende Erkenntnisse für die Entwicklung und die Verbesserung von Führungsverfahren gewonnen. Allgemein wird vermerkt, dass der Personalaufwand zur Besetzung der ganzen Infrastruktur noch allgemein zu hoch ist, ohne dass dabei bei diesen Leuten ein angemessener Ausbildungserfolg gegenübersteht.

Wie schon eingangs erwähnt, dürften moderne Streitkräfte in Zukunft nicht mehr ohne solche modernen Ausbildungseinrichtungen auskommen. Innerhalb der NATO wird daher der Aufbau eines weiteren Simulationszentrums für Ausbildung und Schulung geplant. Bis es soweit ist, steht nur das «*Warrior Preparation Center*» als einziges Planungs- und Ausbildungszentrum dieser Art in Europa zur Verfügung. hg

ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF /

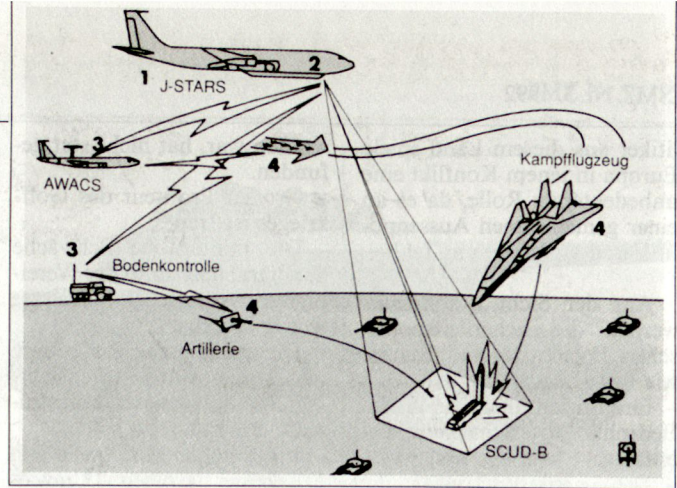
USA

Zur Weiterentwicklung von Joint STARS

Unter der Bezeichnung Joint STARS (Joint-Surveillance-Target-Attack-Radar-System) ist ein gemeinsames kombiniertes Aufklärungssystem zwischen US-Army und US-Air-Force gemeint. Joint STARS wurde ursprünglich auf Initiative des amerikanischen Kongresses zur Erfassung von Truppen und Truppenbewegungen im weiten Hinterland

eines Gegners im Rahmen des FOFA-Konzeptes für Europa entwickelt. Etwas überraschend kamen die bisher entwickelten Komponenten während des letzten Golfkrieges erstmals zum Kriegseinsatz, wobei die Leistungsfähigkeit und die enormen Möglichkeiten des Systems deutlich vor Augen geführt wurden.

Gemäss US-Angaben ist Joint STARS eine notwendige Ergänzung zu den AWACS-Systemen, die primär für die Luftlagermittlung und -dar-



Zusammenwirken von J-STARS und AWACS im Golfkrieg. 1 und 2: Überwachung/Aufklärung durch J-STARS. 3: Weitergabe der Informationen an AWACS und Bodenstationen. 4: Einsätze von Kampfflugzeugen und Artillerie nach Empfang der Zieldaten.

stellung vorgesehen sind. Beide Systeme verwenden übrigens als Trägerflugzeuge die Boeing-707-Familie: Die Einsatzversion von Joint STARS wird mit E-8B bezeichnet. Zwei dieser Spezialflugzeuge sind im Golfkrieg zum Einsatz gelangt. In jedem der Flugzeuge sind je 17 Bedienungskonsolen für die gemischten Bedienungsmannschaften, bestehend aus Angehörigen der Air Force und der Army, vorhanden. Sie bedienen die Radar- und Überwachungsgeräte sowie die digitalen Verbindungs- und Datenleitungen. Die Informationen können sowohl in den Flugzeugen als auch am Boden in den speziellen Bodenstationen ausgewertet werden. In den Bodenstationen (Bezeichnung AN/TSQ-132) werden insbesondere die lagerelevanten Informationen für die Landstreitkräfte bearbeitet, wobei damit innert Kürze die entsprechenden Führungsorgane bedient werden. Diese Einrichtungen sind in mobilen Shelters auf Geländelastwagen gestützt. Die Bodenstationen sind auch in der Lage, direkt Informationen der SLAR-Aufklärung (Side Looking Airborne Radar) zu verarbeiten.

Zu vermerken ist, dass es sich bei dem im Golfkrieg eingesetzten Joint STARS um kein fertiges System gehandelt hat. Die damals vorhandenen Teilkomponenten wurden kurzfristig für die Bedürfnisse in diesem Krieg zusammengestellt. Mit grossem Erfolg, wie sich gezeigt hat.

Gemäss US-Angaben soll nun Joint STARS seiner geplanten Endphase zugeführt werden. Allerdings wird heute die früher geforderte Interoperabilität mit anderen NATO-Systemen in Frage gestellt. Denn bei den europäischen Partnern sind gegenwärtig ver-

schiedene Projekte aus finanziellen Gründen gefährdet. J-STARS soll daher zukünftig für verschiedene Einsatzzwecke, u. a. auch Verifikationsaufgaben, d. h. zur Kontrolle internationaler Abrüstungsmassnahmen, Verwendung finden. Die USA möchten daher eine umfassende Weiterentwicklung des Systems im Hinblick auf verschiedenste Aufgabenbereiche forcieren. Doch vorerst sind eine Reihe von nicht nur technischen Hindernissen zu überwinden. Umstritten ist immer noch die Art und Weise, wie solche Überwachungsaufgaben durchgeführt werden sollen.

Das ideale Mittel wäre durch vollständig luftgestützte Systeme gegeben, wenn dafür auch alle politischen und technischen Schwierigkeiten gelöst werden können. Flugzeuggestützte Überwachungssysteme haben gegenüber Satelliten heute noch einige gewaltige Vorteile. Dazu gehören die weit grössere Flexibilität, die raschere zeitliche Verfügbarkeit und ein wesentlich geringerer Kostenaufwand. Insbesondere zur Überwachung kleinerer Gebiete, die zudem noch zeitlich eingeschränkt sind, dürfte sich J-STARS zusammen mit AWACS als ideale Mittel anbieten. Bevor solche Verifikationsinstrumente eingesetzt werden können, müssen aber alle rechtlichen, flugtechnischen und allgemeinen Sensorprobleme gelöst und in Verträgen festgehalten werden. Trotz noch vorhandenen Unklarheiten sollen nun aber zusätzliche Mittel in das Überwachungssystem investiert werden. Zu sehr sind die US-Streitkräfte bei künftigen Einsätzen darauf angewiesen. Der letzte Golfkrieg hat dies deutlich aufgezeigt. hg